

# ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

01|2024



## DIE REPUBLIK, SIE LEBE HOCH!

100 Jahre Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

GEDENKEN: Holocaustgedenktag 2024

GESAMMELT: Volksbund bekommt Unterstützung

GEWONNEN: Landesfinale von „Jugend debattiert“



LANDTAG VON  
SACHSEN-ANHALT



# BAUSTELLE LANDTAG

*Große Veränderungen stehen für den Gebäudekomplex Domplatz 6–9 bevor: Der Landtag wird in einer umfangreichen Baumaßnahme unter anderem das Foyer umgestalten und neue sicherheitstechnische Maßnahmen umsetzen.*

Die Baumaßnahme GNUE „Sicherheitstechnische Maßnahmen Landtag“ nimmt Fahrt auf. Seit November 2023 wurden alle Fenster zum öffentlichen Verkehrsraum mit einer Splitterschutzfolie versehen. Die Folien schützen in akuten Gefahrenlagen gegen Durchwurf und Splitterabgang in den Innenraum – beispielsweise nach Einwirkungen von Sprengungen im direkt angrenzenden öffentlichen Raum. Bis auf wenige Nacharbeiten ist dieser Teil der Baumaßnahme bereits abgeschlossen.

Im Dezember des vergangenen Jahres wurde mit der Baustelleneinrichtung für den Umbau des Garagentracts zur Technikzentrale begonnen. Nachdem zunächst noch einige organisatorische Angelegenheiten mit dem bauausführenden Unternehmen zu klären waren, erfolgte der erste „Spatenstich“ am 23. Januar 2024. Seitdem wurden die Garagentore entfernt, die Innenräume entkernt, Wanddurchbrüche gestaltet sowie Fenster und Toreinfahrten zugemauert.

In wenigen Wochen, wenn die Abbrucharbeiten am Garagentrakt abgeschlossen sein werden, werden die Umbauarbeiten des Nordeingangs beginnen. Dieser wird voraussichtlich ab dem III. Quartal 2024 – also während der Umbauarbeiten im Bereich des Eingangsbereichs im Südflügel – als provisorischer Haupteingang fungieren.

\*GNUE: Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten





06

### GERECHTIGKEIT BEI DDR-RENTEN

Nur sehr wenige Anträge aus Sachsen-Anhalt seien im Rahmen des Härtefallfonds zu DDR-Rentenüberleitungen positiv beschieden worden. In einer Aktuellen Debatte diskutierte der Landtag, wie mehr Rentengerechtigkeit erreicht werden kann.



12

### DIE REPUBLIK, SIE LEBE HOCH!

Das Gründungsdatum des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold jährte sich am 22. Februar 2024 zum 100. Mal. Aus diesem Anlass fanden im Landtag von Sachsen-Anhalt und auf dem Domplatz Feierlichkeiten mit mehr als 250 geladenen Gästen statt.



16

### ORANIENBAUM – EINE BAROCKE RESIDENZSTADT

Ein kleines Stück der Niederlande mitten in Sachsen-Anhalt? Zu finden ist es zwischen der Bauhausstadt Dessau-Roßlau und dem Wörlitzer Welterbe-Park. Vor gut 350 Jahren wurde die Grundlage für den Ort geschaffen.

## AUS DEM PLENUM

### 08 | „Pflegeboost“ muss her

Sachsen-Anhalt sei aufgrund des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels in besonderem Maße auf den Pflegesektor, genauer auf Pflegefachkräfte und Pflegehilfskräfte angewiesen, die Koalition setzt daher auf einen „Pflegeboost“.

### 09 | Einen Zahn zulegen

Der demographische Wandel macht auch vor den Zahnarztpraxen nicht halt, es droht ein großer Zahnärztemangel. Die Fraktion Die Linke hat daher einen Antrag inklusive umfangreichem Maßnahmenpaket eingebracht, um die Landesregierung zum Handeln aufzufordern.

### 10 | Neuer Aufarbeitungsbeauftragter

Aus elf Bewerbungen hat sich eine durchgesetzt: Johannes Beleites sammelte 81 Stimmen und wurde so, mit der nötigen Mehrheit der Stimmen, zum neuen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in der DDR gewählt.

### 11 | Zukunft der Landwirtschaft

Agrarstrukturgesetz, Gentechnik-Regulierung und die Verbesserung des Tierwohls – nur einige Aspekte eines umfangreichen Antrags, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor dem Hintergrund der jüngsten Bauernproteste eingebracht hatte.

## EINBLICK

### 14 | Bewegende Gedenkstunde

In einer zentralen Gedenkstunde gedachten Landtag und Landesregierung der Millionen Menschen, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt und ermordet wurden. Die Gruppe der Sinti und Roma stand dabei diesmal besonders im Fokus.

### 15 | Für Frieden und Versöhnung

Mehr als 38 650 Euro haben Angehörige der Bundeswehr und Reservisten aus Sachsen-Anhalt im vergangenen Herbst für die Arbeit des Volksbundes gesammelt. Als Dank für ihr Engagement wurden sie im Landtag geehrt.

## RÜCKBLICK

### 20 | Gemeinsame Grundsätze

Vor 30 Jahren ratifizierte der Landtag die noch heute wirksamen Landesverträge über das Wirken und Zusammenleben der christlichen und jüdischen Glaubensgemeinschaften in Sachsen-Anhalt.

## IM BLICKPUNKT

### 24 | Auf nach Berlin

Auch aus Sachsen-Anhalt fahren die jeweils Erst- und Zweitplatzierten der beiden Altersgruppen Sek. I und Sek. II des bundesweiten Wettbewerbs „Jugend debattiert 2024“ in die Bundeshauptstadt. Wir wünschen schon mal viel Erfolg!

### 25 | Auf Lock im Instaversum

Seit zwei Jahren ist der Landtag von Sachsen-Anhalt auf den Social-Media-Plattformen Instagram und Facebook aktiv. Nach YouTube und Twitter wird auch hier präsentiert, was rund um das Parlament Berichtenswertes geschieht.

### 26 | Glückwünsche zum Ehrentag

Geburtstagsgrüße werden über den Zwischenruf in der Regel nicht übermittelt, aber da im Februar 2024 gleich drei frühere Landtagsspitzen einen runden Geburtstag feiern, soll mal eine Ausnahme gemacht werden. Also dann: Alles Gute!

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

### Auflage und Erscheinen

10 000 Exemplare, vierteljährlich

### Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt  
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Besucherdienst und Protokoll  
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg  
Fon: 0391 560-0  
Fax: 0391 560-1123  
www.landtag.sachsen-anhalt.de  
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

### Redaktion

Dorothee Bodewein (Ltg.), Stefanie Böhme,  
Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller,  
Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Wolfgang  
Schulz, Matthias Unfried

### Fotos & Grafiken

Titelseite: Stefanie Böhme  
Seite 2: Landtag von Sachsen-Anhalt  
Seite 3: bilderstoeckchen - stock.adobe.com,  
Stefanie Böhme, Gudrun Oelze  
Seite 4: AfD-Fraktion LSA, Volksbund  
Dt. Kriegsgräberfürsorge  
Seite 7: bilderstoeckchen - stock.adobe.com  
Seite 8: Ingo Bartussek - stock.adobe.com  
Seite 9: contrastwerkstatt - stock.adobe.com  
Seite 10: Stefanie Böhme  
Seite 11: IMG Sachsen-Anhalt  
Seite 12–13: Stefanie Böhme, Dr. Stefan Müller  
Seite 14: Dr. Stefan Müller  
Seite 15: Stefanie Böhme  
Seite 16–19: Gudrun Oelze  
Seite 20: Dr. Stefan Müller  
Seite 21: Wolfgang Schulz  
Seite 22–23: Verlage Hanser, C.H.BECK, Piper,  
Mitteldeutscher Verlag  
Seite 24: Stefanie Böhme  
Seite 25: Landtag von Sachsen-Anhalt  
Seite 26: Mega-Foto Magdeburg,  
Dr. Stefan Müller, Viktoria Kühne  
Seite 27: Dietrich Genau, René Matzko

### Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH  
www.genese-md.de

### Druck

Harzdruckerei GmbH  
www.harzdruckerei.de

### Redaktionsschluss

26. Februar 2024. Dieses Magazin dient der  
Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-  
Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form  
der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum  
Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

# Abberufung des Vorsitzenden des Sozialausschusses



Der Abgeordnete Ulrich  
Siegmund (AfD) muss  
seinen Posten als Aus-  
schussvorsitzender räumen.

**M**it den 71 Ja-Stimmen der 97 Mitglieder des  
Landtags von Sachsen-Anhalt wurde der Vor-  
sitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Ge-  
sundheit und Gleichstellung, Ulrich Siegmund (AfD),  
von dieser Funktion abberufen. Begründet wurde  
diese Maßnahme mit Siegmunds Beteiligung an  
einem Treffen mit Rechtsextremen und Antisemiten  
in Potsdam im November 2023 und der fehlenden  
Distanzierung zu dessen Inhalten. Er sei weder für  
die Leitung des Ausschusses noch für die Vertretung  
des Landtags gegenüber den in diesen Bereichen tä-  
tigen bzw. betroffenen Menschen und Institutionen  
geeignet. Der beim Treffen diskutierte „Masterplan“

folge ganz offenkundig einem „ausschließlich an ethnischen Kategorien orientier-  
ten Begriff des Volkes“, den das Bundesverfassungsgericht als „Missachtung der  
Menschenwürde“ eingeordnet habe, so die Begründung im Abwahantrag. Laut  
Masterplan sollten beispielsweise Millionen Menschen mit Migrationshintergrund  
aus Deutschland nach Afrika deportiert werden.

Dr. Stefan Müller

# Sachsen-Anhalt beteiligt sich an Rote-Hände-Aktion

**J**edes Jahr am 12. Februar ist  
internationaler Red-Hand-Day.  
Weltweit erinnern Organisationen mit  
verschiedenen Projekten an den Miss-  
brauch von Kindern als Soldatinnen  
und Soldaten. Obwohl ein Zusatzpro-  
tokoll zur UN-Kinderrechtskonvention  
seit 2002 die Beteiligung von Kindern  
an bewaffneten Konflikten verbietet,  
werden weiterhin jährlich zehntau-  
sende Kinder und Jugendliche als  
Kindersoldaten rekrutiert. In Sach-  
sen-Anhalt organisiert der Volksbund  
Deutsche Kriegsgräberfürsorge jäh-  
rlich Protestaktionen an Schulen. Etwa  
100 Jugendliche aus Halle, Magdeburg  
und Querfurt beteiligten sich in die-  
sem Jahr und haben Rote-Hand-Pla-  
kate hergestellt. Diese Plakate wurden  
Mitte Februar an Landtagspräsident  
Dr. Gunnar Schellenberger übergeben. Er wird sie an die Kinderkommission  
des Deutschen Bundestags weiterleiten.



Etwa 100 Schülerinnen und Schüler  
beteiligten sich in diesem Jahr am Red-  
Hands-Day und setzten ihre roten Hände  
auf ein Blatt Papier.

Stefanie Böhme

# Liebe Leserinnen und liebe Leser,

vor und im Landtag befinden sich drei Flaggen beziehungsweise Fahnen: die der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Sachsen-Anhalt. Im Februar gab es zwei Ausnahmen: am 24. Februar, dem zweiten Jahrestag des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf die Ukraine, als vor dem Landtag die ukrainische Nationalflagge als Zeichen der Solidarität gehisst wurde, und am 22. Februar, als anlässlich des 100-jährigen Gründungsjubiläums die Fahne des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten im Plenarsaal des Landtags stand.

Fahnen stehen für Identifikation, Einheit und Zusammengehörigkeit. Anders als in den USA, wo fast an jedem Haus ein stoffgewebtes Bekenntnis zur eigenen Nation weht, zeigt sich in Deutschland ein kollektives nationales Bekenntnis eher bei internationalen Wettkämpfen im Sport.

Was im Sport so leichtfällt, so schwierig scheint das Verhältnis im Politischen zu sein. Vergebens sucht das Auge bei den in diesen Tagen und Wochen auch in Sachsen-Anhalt stattfindenden Demonstrationen die Nationalflagge oder ihre Farben. Dabei knüpfen diese an die Weimarer Republik an, die erste Demokratie und Republik auf deutschem Boden, die gegen Feinde aus dem Inneren zu schützen, sich das überparteiliche Reichsbanner 1924 bei seiner Gründung in Magdeburg zum Ziel setzte.

Was lässt uns mit unserer Fahne und ihren Farben schwächeln? Wirken die

Zeiten, in denen Deutschland massenhaft in andere Fahnen gehüllt war, nach? Würde eine Flagge mit ihrer Symbolik nicht für mehr stehen, als alle Botschaften, die auf Plakate mit Worten gedruckt werden könnten? Braucht es nicht jetzt, wo der gesellschaftliche Konsens, wofür Deutschland steht, wie Deutschland wahrgenommen werden will, politisch auseinanderzufallen droht, klare Zeichen und starke Symbole? Angesichts dessen ein abwegig formulierter Wunsch des Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, bei den aktuellen Demonstrationen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus öfter die Farben Schwarz, Rot und Gold als traditionelle Farben der Freiheit und der Demokratie sehen zu wollen?

Aber nicht nur das Jubiläum des Reichsbanners war Thema im Landtag. Was sich sonst noch ereignete, dazu lesen Sie gern auf den nächsten Seiten.

Ihre  
ZwischenRuf-Redaktion



# Gerechtigkeit bei DDR-Renten

Nur sehr wenige Anträge aus Sachsen-Anhalt seien im Rahmen des Härtefallfonds zu DDR-Rentenüberleitungen positiv beschieden worden. In einer Aktuellen Debatte diskutierte der Landtag, wie mehr Rentengerechtigkeit erreicht werden kann.

**L**eben und Arbeit in der DDR ist genauso viel wert wie in der Bundesrepublik“, betonte Monika Hohmann (Die Linke). Deshalb habe ihre Fraktion das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder ins Plenum eingebracht. Bis heute sei Sachsen-Anhalt der Stiftung Härtefallfonds jedoch nicht beigetreten. Das Argument des Ministerpräsidenten, er wolle keinen Alleingang, könne sie nicht nachvollziehen, schließlich seien mittlerweile drei ostdeutsche Bundesländer dem Härtefallfonds beigetreten, meinte Hohmann. „Man könnte meinen, dass die Verantwortlichen in Bund und Ländern eine biologische Klärung bevorzugen.“

Rund 2 100 Rentnerinnen und Rentner aus Sachsen-Anhalt hätten bislang Anträge gestellt, wovon gerade einmal 93 bewilligt und gleichzeitig 251 Anträge abgelehnt worden seien (Stand: 26. Januar 2024). Dies beweise, „dass der Härtefallfonds in der bestehenden Form die inakzeptablen Kürzungen und Streichungen der Rentenansprüche bei der Rentenüberleitung weder ausgleicht noch diesen gerecht werden konnte“. Jede Menge Geld aus dem Fonds bleibe auch bundesweit liegen, so Hohmann. Das biete die Chance, auch auf Bundesebene über einen Gerechtigkeitsfonds nachzudenken, „damit wir wenigstens ein bisschen Gerechtigkeit hinbekommen“.

Arbeits- und Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) erklärte, die Ausgestaltung der Stiftung werde von der Landesregierung auch in der Rückschau immer noch kritisch gesehen. Dies betreffe die finanzielle Ausstattung, die

geforderte Beteiligung der Länder sowie die Kriterien für die Antragstellung. Zudem müsse hinterfragt werden, ob eine Einmalzahlung der richtige Weg sei. Daher wolle man nach einer Lösung suchen, die auch andere Anspruchsgruppen einbeziehe. „damit wir wenigstens ein bisschen Gerechtigkeit hinbekommen“.

„Rentenrecht ist Bundesrecht und muss auch dort geregelt werden“, ergänzte Tobias Krull (CDU). Er räumte jedoch ein, dass es bei der Ost-West-Rentenüberleitung zu einigen Härtefällen gekommen sei. Er kritisierte zudem, dass das Stiftungsgeld um die Hälfte gekürzt worden sei: Zunächst war eine Milliarde Euro geplant, am Ende waren es nur noch 500 Millionen. Grundsätzlich gelte, dass beim Thema Rentenangleichung weiterhin Handlungsbedarf bestehe.

Daniel Rausch (AfD) sagte: „Dass der Härtefallfonds keine Gerechtigkeit in der Frage schaffen konnte, war von vornherein klar.“ Wie könne es sein, dass der Wohnort darüber entscheide, welche Rentenhöhe die Bürger am Ende bekämen? Das sei dem Bürger nicht zu erklären, „weil es einfach ungerecht ist“, so Rausch. An der Kernforderung der AfD habe sich unterdessen nichts geändert: „Die Rente muss zum Leben reichen!“ Daher müsse der Staat die Rentenkassen fitmachen, dazu brauche man mehr Einzahler in die gesetzliche Rentenkasse. „Wir Politiker sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen!“

„Es ist sehr bedauerlich, dass durch die Wiedervereinigung bestimmte Lebensleistungen nicht ausreichend gewürdigt

wurden“, konstatierte Konstantin Pott (FDP). Über den Härtefallfonds könne man in Sachsen-Anhalt eine Einmalzahlung von 2 500 Euro erhalten. In Sachsen-Anhalt sei allerdings nur jeder vierte Antrag genehmigt worden. Der FDP-Abgeordnete kritisierte ebenso wie Monika Hohmann die Tatsache, dass das Parlament von dem beschlossenen Prüfauftrag zum Thema Härtefallfonds nichts mehr gehört habe. Außerdem plädierte er dafür, dass das Rentensystem zukunftsfähig gemacht werden müsse.

Viele ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner erlebten eine „Abwertung ihrer Lebensleistung und stehen am Lebensende nicht selten vor einer prekären wirtschaftlichen Situation“, erklärte Susann Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung auszuräumen, sei eine Aufgabe aller politischen Ebenen und für den gesellschaftlichen Frieden. Es sei mehr Engagement des Landes nötig. Bei der hohen Ablehnungsquote im Rahmen des Härtefallfonds müsse der Bund seine Kriterien noch einmal überdenken, so Sziborra-Seidlitz. Die Definition von Anspruchsberechtigung sei offenbar zu eng gefasst. Die Rentenungerechtigkeit sei eine noch offene Wunde des Wiedervereinigungsprozesses, die geschlossen werden müsse.

Wieder einmal müsse der Landtag über die Ungerechtigkeit der Rentenüberleitung für zahlreiche Berufsgruppen aus der DDR diskutieren, weil seinerzeit erworbene Renten-Zusatzleistungen verlorengegangen und nicht ersetzt worden seien, erklärte Dr. Katja Pähle (SPD).



Eine Rentnerin zählt das wenige ihr zur Verfügung stehende Geld.

Allein das Konstrukt des Härtefallfonds habe nicht dafür sorgen können, dass die Bedürfnisse der Empfängerinnen und Empfänger hätten befriedigt werden können. Die finanziellen Bedingungen im Bund seien nicht gerade besser geworden, trotzdem sollte an der Idee des Gerechtigkeitsfonds festgehalten werden, meinte Pähle. Die Landesregierung sollte eine entsprechende Bun-

desratsinitiative auf den Weg bringen. Das gesetzliche Rentensystem sei stark und belastbar, es sei das Rückgrat für die überwiegende Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik, so die SPD-Abgeordnete. Es müsse jedoch an neue Herausforderungen angepasst werden, vor allem angesichts des demographischen Wandels. Pähle sprach sich dafür aus, die wirtschaftlich

Stärksten zur Finanzierung der gesetzlichen Rente mitherananzuziehen. Es bedürfe einer deutlichen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und mehr tarifgebundener Arbeit.

Im Anschluss an die Aktuelle Debatte wurden wie gewohnt keine Beschlüsse zur Sache gefasst.

Stefanie Böhme/Dr. Stefan Müller

# „Pflegeboost“ muss her

Sachsen-Anhalt sei aufgrund des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels in besonderem Maße auf den Pflegesektor, genauer auf Pflegefachkräfte und Pflegehilfskräfte angewiesen, die Koalition setzt daher auf einen „Pflegeboost“.

**F**ünf Millionen Menschen in Deutschland seien pflegebedürftig, Tendenz weiter steigend, so Konstantin Pott (FDP). Pott dankte allen in der Pflege Tätigen, aber auch den pflegenden Angehörigen, die mit ihrer Arbeit das System entlasteten. Die Koalition wolle mit ihrem Antrag darauf hinarbeiten, die Attraktivität des Pflegeberufs und seiner Ausbildung zu steigern und bürokratische Hindernisse (auch für ausländische Fachkräfte) abzubauen. Eine veränderte Handhabung des Einsatzes von Zeitarbeitskräften und der Azubi-Pflichteinsätze in der generalistischen Pflegeausbildung soll dazu führen, dass Fachkräfte schneller zum Abschluss kämen, so Pott. Jeweils einen Änderungsantrag brachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Stichwort Akademisierungsoffensive) und Die Linke (Stichwort keine Zeitarbeit) ein.

Die Pflege sei für viele Menschen nach wie vor ein attraktiver Beruf, erklärte Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD), aber gute Arbeitsbedingungen seien die Grundlage dafür, dass sie ihn auch ergriffen. Die generalistische Pflegeausbildung habe besondere Aufmerksamkeit erhalten, zuletzt auch die Pflegehilfeausbildung. Grimm-Benne hob lobend die Schulgeldfreiheit und die Ausbildungsvergütung aus Landesmitteln in Sachsen-Anhalt hervor.

„Jede Familie wird es irgendwann treffen und jemand landet in der Pflege“, meinte Ulrich Siegmund (AfD), das stelle diese vor dem Hintergrund der „demographischen Katastrophe“ vor große Herausforderungen. Vielleicht müsste man eher bei der Ausbildung generell nachsteuern?, fragte Siegmund. Auch den Einsatz von



Eine Pflegehelferin geht einer Seniorin daheim zur Hand.

ausländischen Fachkräften kritisierte Siegmund, die AfD wolle das Fachkräfteproblem „aus eigener Kraft schaffen“.

„Gute Pflege ist das Fundament unseres Gesundheitssystems“, erklärte Dr. Anja Schneider (CDU). Sachsen-Anhalt brauche ein novelliertes Ausbildungsangebot in der Pflege, durch das Pflegefachkräfte, Pflegeassistenten und Pflegehilfe mit ihren jeweiligen Kompetenzen Berücksichtigung fänden. Schneider drängte auf die Standardisierung für die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, zudem auf Entbürokratisierung und mehr Digitalisierung.

Leider bleibe der Antrag der Koalition hinter ihren Erwartungen zurück, monierte Nicole Anger (Die Linke). Sie drängte darauf, die Trennung der Pflegebereiche „ambulant“ und „stationär“ aufzugeben und will angesichts der hohen Abbrecherquote mehr junge Azubis in der Ausbildung halten. Die Linke spricht sich für „Springertools“ als Alternative zur Zeitarbeit in der Pflege aus. Die Verstärkung von Zeitarbeit in der Pflege sei ein „arbeitsmarktpolitischer Irrsinn“.

Die Herausforderungen in der Pflege könnten nicht mit einem einzigen Befreiungsschlag gemeistert werden, bekannte Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD). „Wir können es uns nicht leisten, die Potenziale von Menschen, die pflegen können und wollen, ungenutzt zu lassen“, nur weil finale Prüfungen nicht erfolgreich gemeistert worden seien. Daher soll es zur Einführung der sogenannten Pflegeassistenten kommen.

Für einen echten Pflegeboost brauche es noch den Ausbau der Akademisierung der Pflegeausbildung und der Beteiligung der Pflegefachkräfte an der politischen Willensbildung, so Susan Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Nicht nur die zum Teil schwierige Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen mache die Gewinnung von ausländischen Fachkräften schwierig, sondern auch das mangelnde Interesse, denn das Image und die Ausstattung der beruflichen Pflege in Deutschland sei sehr unterentwickelt.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der Koalition angenommen, die Änderungsanträge waren zuvor abgelehnt worden. Dr. Stefan Müller

# Einen Zahn zulegen

Der demographische Wandel macht auch vor den Zahnarztpraxen nicht halt, es droht ein großer Zahnärztemangel. Die Fraktion Die Linke hat daher einen Antrag inklusive umfangreichem Maßnahmenpaket eingebracht, um die Landesregierung zum Handeln aufzufordern.

**F**ür acht von 14 Landkreisen werde eine Unterversorgung bzw. eine drohende Unterversorgung prognostiziert, stellte Nicole Anger (Die Linke) fest. Der Mangel an Zahnärzten werde dazu führen, dass jede vierte Person in Sachsen-Anhalt nicht mehr zahnmedizinisch versorgt werde. Zwar gebe es bereits verschiedene Maßnahmen, wie das Zahnmedizin-Studium im ungarischen Pécs oder ein Kombistudium in Gardelegen. Dies allein reiche jedoch nicht aus, so die Linken-Abgeordnete. Es brauche einen ganzheitlichen Ansatz, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zahnärzten zu verbessern.

Sozial- und Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne (SPD) erklärte, zwar gebe es an der Martin-Luther-Universität Halle (Saale) beste Bedingungen für ein Zahnmedizinstudium, allerdings blieben von den jährlich 40 Studierenden nach ihrem Abschluss nur etwa zehn im Land. Zudem würden viele junge Zahnärzte heutzutage eine Anstellung gegenüber einer Selbstständigkeit bevorzugen. Problematisch sei auch, dass sich Zahnärzte niederlassen dürften, wo sie möchten. Dies führe dazu, dass gerade der ländliche Raum oftmals das Nachsehen habe. Daher wolle sie eine Bundratsinitiative prüfen, um möglicherweise eine Zulassungsbeschränkung, erneut einführen zu lassen. Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD) schloss sich im Wesentlichen der Argumentation der Gesundheitsministerin an und plädierte dafür, die freie Niederlassungswahl für Zahnärzte wieder einzuschränken.

Viele Zahnärzte verabschieden sich in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Es droht ein Zahnärztemangel.

Tobias Krull (CDU) meinte, man müsse dafür sorgen, dass junge Menschen nicht nur ein Zahnarzt-Studium absolvieren, sondern anschließend auch im Land bleiben. Dazu müssten auch die Kommunen ihren Teil beitragen, sodass sich die neuen Zahnärzte vor Ort wohlfühlten (Studienstipendium, Wohnung, Kinderbetreuung, Job für den Partner etc.). Den Vorschlag, die Niederlassungsfreiheit wieder einzuschränken, sah er kritisch.

Seitens der Landesregierung sei nach dem letzten Landtagsbeschluss vor einem Jahr nichts Konkretes passiert, monierte Gordon Köhler (AfD). Geld dürfe bei dem Thema keine Rolle spielen, „denn es geht um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger“. Seine Fraktion halte den Antrag der Fraktion Die Linke für unterstützungswürdig, inklusive des Konzepts einer kommunalen Versorgung.

Konstantin Pott (FDP) stellte fest, schon heute sei die Versorgung nicht mehr in jeder Region gesichert und es werde nicht leicht, dies kurzfristig zu ändern. Er wür-

de als erstes bei der Tatsache ansetzen, dass so wenige ausgebildete Zahnärzte im Land blieben. Eine Ko-Finanzierung des Stipendienprogramms an der Universität Pécs sollte bei der nächsten Haushaltsdebatte überdacht werden.

„Mit unserem Alternativantrag wollen wir für einen ganzheitlichen Blick auf das Thema werben“, sagte Susann Sziborra-Seidlitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Dazu gehörten auch die Prävention (zum Beispiel Zahnpflege und gesunde Ernährung) sowie neue Versorgungsmodelle (mobile Angebote, kommunale Praxisräume, Rotationsprechstunden, kommunale Gesundheitszentren samt Zahngesundheit).

Am Ende der Debatte wurden der Antrag der Linken sowie der Alternativantrag der Grünen in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (federführend) sowie in den Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (mitberatend) überwiesen.

Stefanie Böhme



# Neuer Aufarbeitungsbeauftragter

Aus elf Bewerbungen hat sich eine durchgesetzt: Johannes Beleites sammelte 81 Stimmen und wurde so, mit der nötigen Mehrheit der Stimmen, zum neuen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in der DDR gewählt.

**E**in Jahr lang hat Birgit Neumann-Becker ihr Amt als Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur übererfüllt, nun scheidet sie aus ihrer Aufgabe, und die Abgeordneten des Landtags waren in der Pflicht, aus elf Bewerbungen eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger zu wählen. Die Koalition, aber auch Linke und Grüne hatten im Vorfeld bekundet, den Bewerber Johannes Beleites zu unterstützen. Bei der Wahl konnte er sich gegen die Mitbewerberinnen und Mitbewerber durchsetzen und erfüllte mit 81 Stimmen (von 92) das nötige Quorum für die Mehrheit (mindestens 49 Stimmen). Johannes Beleites – im Plenarsaal anwesend – nahm die Wahl an.

Johannes Beleites wurde 1967 in Halle (Saale) geboren. Schon als junger Mensch, nämlich ab 1980, beteiligte er sich zusammen mit seinem Bruder Michael an der oppositionellen Arbeit in der kirchlichen Umwelt- und Friedensbewegung. Schon zwei Jahre später wurde

er deswegen von der Stasi beobachtet. Die machte ihm – nach seiner Ausbildung zum Elektromonteur – 1989 die Zulassung zum Jurastudium unmöglich (das er ab 1990 nachholte).

Nach der politischen Wende engagierte sich Beleites in verschiedenen Institutionen für die Aufarbeitung des Unrechts in der DDR, beispielsweise im Bürgerkomitee Leipzig zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit oder als freier Mitarbeiter in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und in der Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde. Er forschte zudem zu den MfS-Gefängnissen in der DDR und veröffentlichte zu Strafrecht und MfS in der DDR, zur Vergangenheitsaufarbeitung, zum Stasi-Unterlagen-Gesetz und zum Umgang mit Stasi-Unterlagen.

Laut Aufarbeitungsbeauftragten-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt hat die Landesbeauftragte die Aufgabe, das Gesamtsystem der politischen Verfolgung,

insbesondere die Struktur, Methoden, Wirkungsweise und Folgen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt aufzuarbeiten und zu vermitteln. Hierbei soll auch die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenwirken mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und anderen Organisationen berücksichtigt werden. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hatte bereits 1993 die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung des Amtes einer Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen geschaffen, später den Wirkungskreis per Gesetz erweitert.

Die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in der DDR und der kommunistischen Diktatur ist auch in Sachsen-Anhalt nicht abgeschlossen, sondern eine bleibende Aufgabe. Viele Themen und Fragen sind bis heute noch offen. Auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution stellen sich weiterhin drängende Fragen, wie zum Beispiel die nach der Rehabilitierung politisch Verfolgter, nach dem Umgang mit Folgeschäden durch Haft, Heimerziehung, Staatsdoping oder Zwangsadoption, nach den Spätfolgen der SED-Diktatur, nach den Folgen der SED-Diktatur für die Landwirtschaft (Stichwort LPG) oder nach den Folge-Zusammenhängen von NS- und SED-Diktatur.

Dr. Stefan Müller



Johannes Beleites unmittelbar nach seiner Wahl zum neuen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

# Zukunft der Landwirtschaft

Agrarstrukturgesetz, Gentechnik-Regulierung und die Verbesserung des Tierwohls – nur einige Aspekte eines umfangreichen Antrags, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor dem Hintergrund der jüngsten Bauernproteste eingebracht hatte.



Die Zukunft der Landwirtschaft war Thema im Februar-Plenum.

**D**orothea Frederking (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte: „Unser Ziel ist eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die gute Lebensmittel produziert und zugleich zum Tierschutz und Klimaschutz beiträgt.“ Es gehe darum, gemeinsam an einer Zukunftsperspektive mit den Landwirten zu arbeiten. Außerdem müsse der Boden wieder in den Besitz derjenigen kommen, die vor Ort darauf wirtschafteten. Mit der Tierwohl-Kennzeichnung könnten die Betriebe jetzt am Markt mehr Geld verlangen, so die Grünen-Abgeordnete, denn die Bürger könnten sich bewusst für diese Produkte entscheiden. Zudem sprach sie sich für den „Tierschutz-Cent“ aus, weil dieser direkt in die Höfe fließen und somit das Tierwohl verbessern würde. „Wir wollen, dass mehr Geld beim Landwirt ankommt“, deren Position gegenüber den Lebensmittelketten müsse gestärkt werden.

Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) erklärte mit Blick auf den Antrag der Grünen, das Agrarstrukturgesetz sei ein wichtiges Thema und er werde dafür noch in dieser Legislatur Lösungen präsentieren. Auch der „Tierschutz-Cent“

klinge sehr schön, aber wie das Geld genau an jeden Bauern kommen solle, sei noch völlig offen.

„Es ist verdammt schwierig, eine einvernehmliche Lösung zu finden, aber wir arbeiten daran“, sagte Elrid Pasbrig (SPD) zum Thema Agrarstrukturgesetz. Die Ursachen der Probleme in der Landwirtschaft lägen schon viele Jahre zurück, ein „reines Ampel-Bashing“ greife somit zu kurz. Gleichzeitig dürfe man nicht vergessen, dass die Politik allein nicht die Preise im Supermarkt mache.

Die Bundesregierung habe beschlossen, neun Milliarden Euro für Waffen in die Ukraine zu schicken, danach hätte einfach eine Milliarde für die Bauern gefehlt, nichts anderes sei geschehen, zeigte sich Matthias Lieschke (AfD) überzeugt. Die Bauern im Land wollten weniger Bürokratie und bezahlbare Energiekosten. „Was die Bauern nicht wollen, ist grüne Politik!“, betonte Lieschke.

Kathrin Tarricone (FDP) erklärte, die Forderungen der Grünen würden dem Großteil der Landwirtschaft eher schaden als nutzen. Wenn neue Züchtungsmethoden verboten und der Einsatz von

Pflanzenschutzmitteln noch stärker eingeschränkt würden, benachteilige dies bestimmte Betriebsformen. Am meisten wäre den Bauern geholfen, wenn endlich die Bürokratie abgebaut würde, so die FDP-Abgeordnete.

Der vorliegende Antrag nehme eine ganze Reihe von Problemfeldern auf, die es derzeit tatsächlich gebe, meinte Kerstin Eisenreich (Die Linke). Ob die Tierwohl-abgabe tatsächlich in die Landwirtschaft fließe, sei fraglich. Außerdem müsste es parallel dazu ein Konzept geben, wie Menschen mit geringem Einkommen entlastet würden, damit auch sie sich die Lebensmittel noch leisten könnten.

Olaf Feuerborn (CDU) sagte: „Ich bin stolz darauf, Bauer zu sein und nach 40 Jahren meine Praxiserfahrungen hier ins Parlament einbringen zu können.“ Die Bauernproteste hätten erreicht, dass die Sorgen und Nöte endlich wahrgenommen würden. Um die Ställe für ein besseres Tierwohl umbauen zu können, brauche es nicht nur Geld, sondern auch eine schlankere Bürokratie. Am Ende der Debatte wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Stefanie Böhme

# Die Republik, sie lebe hoch!

Das Gründungsdatum des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold jährte sich am 22. Februar 2024 zum 100. Mal. Aus diesem Anlass fanden im Landtag von Sachsen-Anhalt und auf dem Domplatz Feierlichkeiten mit mehr als 250 geladenen Gästen statt.

**M**it den Feierlichkeiten kehrte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Bund aktiver Demokraten e. V.) an seine historische Gründungsstätte Magdeburg zurück. Dieses wurde am 22. Februar 1924 von Mitstreitern der SPD, der liberalen DDP und der katholischen Zentrumsparterie aus der Taufe gehoben. Ziel des überparteilichen Bündnisses: die Bewahrung der Demokratie und folglich der noch recht jungen Weimarer Republik, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als demokratischer Gegenentwurf zum monarchistischen Kaiserreich ausgerufen worden war.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt bot die Kulisse für die Feierlichkeiten des noch heute im Sinne politischer Bildungsarbeit wirkenden Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Der große Festakt im Plenarsaal war dabei der herausragende Augenblick, aber auch davor und danach gab es Stationen, in denen das Wirken des Verbands und seiner (ehemals) Hunderttausenden Mitglieder gewürdigt wurde. Den Anfang machte am Morgen eine

ökumenische Andacht im Magdeburger Dom. Hier betonte Regionalbischof Dr. Johann Schneider vor den Anwesenden, es gelte auch heute, wie im Anliegen des Reichsbanners schon im Gründungsjahr 1924, für ein lebendiges demokratisches Miteinander einzustehen.

Wie dieses Miteinander in den frühen Jahren des Reichsbanners ausgesehen hat, konnten die Gäste der Feierlichkeiten während der Eröffnung einer neuen Ausstellung zur Geschichte des Wehrbundes nachvollziehen. Die Fotos und Dokumente zeigten den Einsatz des Reichsbanners für die Demokratie in der ersten Republik auf deutschem Boden, erklärte Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Macher der Schau.



In Zusammenarbeit mit ebendieser Gedenkstätte wurde von Magdeburgs Oberbürgermeisterin Simone Borris und dem

Gedenkstättenleiter auf dem Domplatz eine Stele zum Gedenken an den Verband und dessen historische Gründung vor 100 Jahren in Magdeburg enthüllt. Die Einweihung der Gedenkstele endete mit einer Kranzniederlegung von Reichsbanner, Landeshauptstadt Magdeburg, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Landtag von Sachsen-Anhalt und Bundesverteidigungsministerium unter militärischen Ehren der Bundeswehr.



„Was könnte uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern mehr am Herzen liegen als die Verteidigung der De-

mokratie?“, fragte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger zu Beginn des Festakts im Plenarsaal. Magdeburg und das Reichsbanner seien nun seit 100 Jahren untrennbar miteinander verbunden. Es sei als Gegengewicht und überparteiliches Bündnis gegen die Feinde der Demokratie gegründet worden. „Es ist wieder an der Zeit, dass wir uns zur Republik, zur Demokratie, zu Toleranz und Völkerverständigung bekennen“, sagte Schellenberger.

Schon vor hundert Jahren hätten sich freiheitsliebende Menschen zur Gründung des Reichsbanners zusammengefunden, und so sei es auch heute, sagte Simone Borris, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Magdeburg. Die Stadt stehe heute für Vielseitigkeit und Toleranz, demokratische und europäische Werte würden gelebt und geschützt. Auch stehe Magdeburg noch im Sinne des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold als zivilgesellschaftliches Bündnis zusammen, oft sogar auf dem Domplatz.



„Die Werte des Reichsbanners müssen uns heute genauso wichtig sein wie der Weltkriegsgeneration vor hundert Jahren“, sagte Dr. Fritz Felgentreu, Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Sie bildeten die Grundlagen unserer Freiheit und Sicherheit. Das sichtbare Symbol dieser Werte seien die Farben Schwarz, Rot und Gold. Das Reichsbanner hatte unter diesen Farben dem aggressiven Nationalismus, dem Antisemitismus und der Unterdrückung von Minderheiten den Kampf angesagt.



Blick in die Ausstellungseröffnung.



Die Serenade des Heeresmusikkorps bildete den Abschluss des Ehrentags. Zuvor wurde eine Gedenkstele enthüllt und fand ein Festakt im Plenarsaal statt.



Gegen die Idee eines zentralen Wehrverbandes hatte es zunächst Bedenken in der SPD-Führung gegeben, doch

neuerliche Putschpläne der Republikgegner räumten diese Bedenken aus. Bereits im Spätsommer 1924 habe die Magdeburger Verbandszentrale des Reichsbanners stolz beeindruckende Zahlen vermelden können, erinnerte Festredner und Reichsbanner-Experte Prof. Dr. Benjamin Ziemann von der Universität Sheffield. Demnach existierten rund 5 600 Ortsgruppen, die 1,2 Millionen Mitglieder organisierten. Wichtig für die Arbeit des Reichsbanners sei die zivilgesellschaftliche Aktivierung seiner

Mitglieder gewesen. Diese hätten sich in ihrer karg bemessenen Freizeit – seit 1924 war die Arbeitswoche für die meisten Arbeiter wieder 48 Stunden lang – für die republikanische Sache eingebracht.

Die 1919 in Weimar geschaffene Verfassungsordnung sei keine „Republik ohne Republikaner“ gewesen, wie es oft kolportiert werde. Sie sei nicht etwa untergegangen, weil es an engagierten Demokraten gefehlt habe. Die Macht ergreifung der NSDAP sei vielmehr nur möglich gewesen, weil Teile der politischen Eliten die Zerstörung der Demokratie befördert und weil Kerninstitutionen des Verfassungsstaates, darunter vor allem der Reichstag und die Spitzen

der Justiz, durch permanente Regelverstöße blockiert und in ihrer Substanz ausgehöhlt worden seien. Dies gelte es heute zu verhindern.

Das Festprogramm zu 100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold fand am Abend mit einer launigen Serenade durch das Heeresmusikkorps der Bundeswehr auf dem Domplatz seinen Abschluss.  
Dr. Stefan Müller



Mehr Videos, Texte und Bilder

# Bewegende Gedenkstunde

In einer zentralen Gedenkstunde gedachten Landtag und Landesregierung der Millionen Menschen, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt und ermordet wurden. Die Gruppe der Sinti und Roma stand dabei diesmal besonders im Fokus.

Nachdem am 27. Januar 2024 mit einer Kranzniederlegung am Magdeburger Mahnmal für die verfolgten und ermordeten Sinti und Roma anlässlich des Nationalen Gedenktages den Opfern des Nationalsozialismus gedacht wurde, folgte am 1. März, einem nicht weniger historisch bedeutsamen Datum, die zentrale Gedenkstunde des Landes Sachsen-Anhalt im Magdeburger Landtag. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger erläuterte in seiner Rede, dass auch Sachsen-Anhalt in die Deportationsgeschichte während der NS-Zeit eingebunden gewesen sei. So habe beispielsweise die Stadt Magdeburg am 4. März 1935 die Errichtung eines sogenannten „Zigeunerlagers“ beschlossen, das schließlich am 1. März 1943 aufgelöst worden sei. Die dort gesammelten Menschen waren anschließend nach Auschwitz deportiert und zum Großteil ermordet worden. Er forderte in Sachen NS-Vergangenheit kontinuierliche Aufklärung, Sensibilität und Orientierung – nur sie könnten zum „Nie wieder!“ führen.

Die jahrhundertalte Geschichte der Sinti und Roma in Mitteldeutschland habe auf abrupte Weise durch den Völkermord an

ihnen geendet, sagte Jana Müller. Sie befasst sich seit vielen Jahren intensiv mit der Aufarbeitung und Dokumentation des Lebens und der Verfolgung von Sinti und Roma. Diese seien nach den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 wie die Juden als „Wesen artfremden Blutes, die aus der Volksgemeinschaft auszuschließen“ seien, bezeichnet worden. Müller erinnerte exemplarisch an die Morde an Kindern, Frauen und Männern aus Sachsen-Anhalt. Von den wenigen Überlebenden seien nach Ende des Krieges nur einzelne auf dem Gebiet des Landes geblieben.

Mario Franz' Familie stammt aus Sachsen-Anhalt, von hier aus sei sie auch nach Auschwitz deportiert und ermordet worden, berichtete Franz während der Gedenkveranstaltung im Landtag. 30 seiner Verwandten hätten die Befreiung durch die Rote Armee nicht mehr erleben dürfen. Die Opfer der Vernichtung hätten kein Grab, ihre Asche sei als Dünger auf den Feldern gelandet oder dem Vergessen der Flussläufe überlassen worden, sagte Franz. „Ich habe meine kleinen Cousins und Cousinen, allesamt Kinder, niemals kennenlernen dürfen, und dennoch fehlen sie mir.“ Diese Morde seien „nicht vom

Himmel gefallen“, sondern stünden in einer Kontinuität, die bis heute anhalte. Wir mahnten „Nie wieder“ und doch erlebten wir, wie sich langsam, aber stetig ein Re-make eben jener menschenfeindlichen Politik ereigne, monierte Franz.

Als Vorstand des Niedersächsischen Verbands Deutscher Sinti (Sprecher) sowie Geschäftsführer der Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma, beides auch für Sachsen-Anhalt zuständig, versucht er mit seinen Kolleginnen und Kollegen die soziale Lage der heute in Deutschland lebenden Sinti und Roma zu verbessern, sie bei der Durchsetzung rechtlicher Ansprüche zu unterstützen sowie Diskriminierung und Vorbehalte abzubauen. Franz erklärte weiter, die Sinti und Roma setzten sich nachhaltig für das Zusammenwirken aller Demokratinnen und Demokraten gegen die AfD und die Rechte ein. Diskriminierung dürfe keinen Platz in der Gesellschaft haben, dem Demokratiemissbrauch müsse sich entgegengestellt werden. Dass Tausende in Deutschland gegen Rechtsextremismus demonstrieren, zeige ein fragiles Hoffnungslicht für eine offene Gesellschaft.

Dr. Stefan Müller/Stefanie Böhme



Am Mahnmal für die verfolgten und ermordeten Magdeburger Sinti und Roma sprach Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger das traditionelle Totengedenken.



Mario Franz, selbst Sinto, hielt die Gedenkrede im Plenarsaal des Landtags.

# Für Frieden und Versöhnung

Mehr als 38 650 Euro haben Angehörige der Bundeswehr und Reservisten aus Sachsen-Anhalt im vergangenen Herbst für die Arbeit des Volksbundes gesammelt. Als Dank für ihr Engagement wurden sie im Landtag geehrt.

**G**emeinsam für den Frieden – das ist das Motto des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Seit vielen Jahrzehnten engagiert er sich für die Pflege von Kriegsgräberstätten in Europa. Außerdem bietet er internationale Jugend- und Bildungsprojekte an, um Völkerverständigung und Versöhnung zu fördern. Die Arbeit des Volksbunds – auch hier in Sachsen-Anhalt – wird traditionell von Angehörigen der Bundeswehr, Reservisten und Ehrenamtlichen unterstützt. „Das großartige Engagement des Volksbunds ist ohne Spenden nicht möglich“, erklärte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger als Schirmherr des Volksbundes in Sachsen - Anhalt beim diesjährigen Empfang im Landtag. Im Namen aller Abgeordneten dankte er allen fleißigen Sammlerinnen und Sammlern für ihr großes Engagement sowie erstmals auch Vertretern von Pflegeeinsätzen auf Kriegsgräberstätten im Ausland. Schellenberger betonte: „Menschen, wie Sie, die sich uneigennützig für die gute Sache einsetzen, tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Gerade in der heutigen Zeit ist das besonders wichtig.“

Der stellvertretende Kommandeur des Landeskommandos Sachsen - Anhalt, Oberstleutnant Siegfried Balk, erinnerte in seiner kurzen Rede an das Schicksal des Bruders seines Großvaters, der als 18-jähriger Soldat im Osten Polens gefallen sei und dessen Grab bis heute nicht gefunden wurde. Dank des Volksbunds sei sein Großonkel aber zumindest in einer Liste registriert und falls es irgendwann mal einen Hinweis auf sein Grab gebe, würde seine Familie



Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (rechts) bedankt sich bei den fleißigen Sammlerinnen und Sammlern der Bundeswehr.

informiert werden. Für Angehörige sei dies ein großer Trost, so Balk.

Nach Angaben des Volksbunds war es Bundeswehr und Reservisten bei der Sammlung im Oktober und November des vergangenen Jahres gelungen, mit insgesamt 38 650 Euro erneut das Sammlungsergebnis um mehr als 10 000 Euro im Vergleich zum Vorjahr zu steigern. Dieses Ergebnis sei dem außerordentlichen Engagement der Soldatinnen und Soldaten insbesondere an den Standorten Weißenfels und Havelberg zu verdanken, so Rüdiger Erben, Landesvorsitzender des Volksbunds Sachsen-Anhalt. Der Sammlungserlös komme der friedensfördernden Arbeit des Volksbundes zugute.

Gerade wenn Soldaten spendeten oder sich für Kriegsgräber einsetzten, sei dies etwas Besonderes, meinte Erben.

Denn sie würden auf ganz eigene Weise vom Schicksal der gefallenen Kameraden berührt. „Versöhnung braucht einen langen Atem und sie leisten einen wichtigen Beitrag dazu“, sagte Erben in Richtung der anwesenden Soldatinnen und Soldaten.

Auch bei der Erhaltung der über 800 deutschen Kriegsgräberstätten in 46 Staaten unterstützen traditionell Soldatinnen und Soldaten mit tatkräftigem Engagement. So hätten laut Erben im letzten Jahr unter anderem Kameraden vom Gefechtsübungszentrum Heer (Gardelegen) Pflegearbeiten auf der Kriegsgräberstätte Važec in der Slowakei übernommen. Zudem halfen im Rahmen einer deutsch-slowakischen Jugendbegegnung des Volksbundes Jugendliche bei den Arbeiten auf dem Friedhof mit etwa 9 000 Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges. Stefanie Böhme



Blick vom Ehrenhof auf Schloss Oranienbaum, dessen Park am 14. und 15. Juni 2024 wieder zur Bühne für den „Kleinkunsttraum Oranienbaum“ wird.

# Oranienbaum – Eine barocke Residenzstadt

Ein kleines Stück der Niederlande mitten in Sachsen-Anhalt?  
Zu finden ist es zwischen der Bauhausstadt Dessau-Roßlau  
und dem Wörlitzer Welterbe-Park.

**V**or gut 350 Jahren auf dem Areal einer verlassenen Siedlung für eine niederländische Prinzessin geschaffen und nach ihrem Fürstengeschlecht benannt, wurde aus dem einstigen herrschaftlichen Ensemble im Laufe der Zeit der bedeutendste Ort im Wörlitzer Winkel. Dessen Dörfer und Städte bilden seit 2011 die Einheitsgemeinde Stadt Oranienbaum-Wörlitz mit Oranienbaum als Verwaltungssitz.

In Oranienbaum leben fast 3 000 der insgesamt 8 000 Einwohner der Einheitsgemeinde. Sie wohnen längst nicht mehr nur im und um den historischen Kern der Stadt, die in den vergangenen Jahrzehnten um zahlreiche Einzelhäuser und auch komplett neue Straßen wuchs. Denn gegen den allgemeinen Trend der Bevölkerungsentwicklung blieb die Einwohnerzahl Oranienbaums relativ konstant. „Wir sind als

Ortsteil von Oranienbaum-Wörlitz gut aufgestellt“, meint Ortsbürgermeister Michael Marks und verweist auf gesunde Strukturen bei Industrie und Handwerk. Die wichtigsten Einrichtungen für eine gute Wohn- und Lebensqualität sind in der kleinen Stadt vorhanden. Wasserwerk und Kläranlage für die ganze Region befinden sich in der Gemarkung Oranienbaums. Die Jüngsten der Stadt werden in zwei Kitas – eine große neue



ist geplant – betreut oder lernen in der nach Henriette Catharina von Oranien benannten Grundschule.

Als das dreiflügelige imposante Gebäude ab 2008 älteren Schuljahrgängen durch Schließung der dortigen Sekundarschule verschlossen blieb, wollten es die Oranienbaumer nicht hinnehmen, dass es im ganzen Wörlitzer Winkel keine weiterführende Schule mehr geben sollte. Anknüpfend an die Tradition der Aufklärung von „Vater Franz“, der seine Untertanen „durch Bildung gut und glücklich machen“ wollte, gründeten sie eine Genossenschaft und die „Gesamtschule im Gartenreich“, eine Schule in freier Trägerschaft, in der Kinder in Klasse 5 einsteigen und alle Abschlüsse bis zum Abitur erreichen können. Die Schule zog in das ehemalige Krankenhaus der Stadt, ein Gebäude aus dem Jahr

1906, das damals als Kinderheilstätte gegründet worden war. Direkt nebenan befindet sich eine Pflegeeinrichtung für ältere Menschen. „Der demographische Wandel ist auch in unserer Stadt spürbar. Die Sicherung der Daseinsvorsorge wird in den kommenden Jahren daher eine anspruchsvolle Aufgabe“, meint der Ortsbürgermeister.

Stolz ist er auf die infrastrukturelle Entwicklung dieses Ortsteils von Oranienbaum-Wörlitz. Das Stadtbild habe sich im Laufe der vergangenen 30 Jahre stark verändert. „Mit Unterstützung des städtebaulichen Denkmalschutzes und durch viel Engagement und Liebe der Grundstückseigentümer erstrahlt unsere Stadt schöner denn je“, schwärmt er. Von den Besuchern, die auf dem Weg in das bekanntere und berühmtere Wörlitz durch Oranienbaum spazieren,

wissen die wenigsten, dass diese Stadt zwar viel jünger als das schon mehr als tausendjährige Wörlitz ist, gewissermaßen aber die Keimzelle des heute zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Gartenreichs, das in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Fürst Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau geschaffen wurde.

Seine Urgroßmutter, die Oranierprinzessin Henriette Catharina, hatte 1659 nach Anhalt-Dessau geheiratet. Dort ließ die reiche Adlige aus dem Hause Nassau-Oranien in einem ehemaligen, aber wüsten Wendendorf nach Vorbildern ihrer holländischen Heimat eine Residenz für sich gestalten. Die Siedlung, die als Nischwitz 1179 erstmals erwähnt worden war und bei Henriettes Einheirat in Anhalt aus nicht viel mehr als einem fürstlichen Haus ihrer Schwiegermutter und einigen Wirtschaftsgebäuden bestand, wurde vom holländischen Baumeister Cornelis Ryckwaert im barocken Stil völlig neugestaltet: Wie auf dem Reißbrett gezeichnet, zeugen noch heute schnurgerade und rechtwinklig angelegte Straßenzüge von den Intentionen der aus Holland stammenden Fürstin und ihres Architekten. 1673 gab Henriette Catharina der Siedlung den Namen ihres Fürstengeschlechts – Oranienbaum. Zehn Jahre danach wurde der Grundstein für das Schloss gelegt – zunächst als Sommerresidenz gedacht, später aber als Witwensitz zu einem dreiflügeligen Komplex ausgebaut. Eine reiche Innenausstattung verlieh dem Haus seinen Glanz, von dem heute noch der Ledertapeten- und der Sommerspeisesaal mit Delfter Keramikfliesen künden. Umgeben ist das Schloss von einem 28 Hektar großen Barockgarten. Im Sommer schmücken hunderte Zitrusbäume in weißen Kübeln die Alleen des Parks. Die kalte Jahreszeit verbringen die wärmeliebenden Gewächse in einer Orangerie, die mit 175 Metern Länge zu den größten in Europa zählt. Rund 240 Orangen-, Pomeranzen-, Pampelmusen-, Mandarinen- >>>

>>> und Zitronenbäume sowie weitere Exoten werden dort von Mitarbeitern der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, zu der Schloss und Park Oranienbaum gehören, gehegt und gepflegt. Um solche Pflanzen sorgte sich vor beinahe 80 Jahren auch Oranienbaums Gartendirektor Hans Hallervorden. Der Großvater von Schauspieler Dieter Hallervorden vermerkte in seinem Jahresbericht 1946 (bewahrt im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt), dass er von den vor dem Krieg hinterlassenen tadellosen alten Bäumen nur etwa die Hälfte und die auch noch in einem zweifelhaften Zustand vorfand. Kaum anders erging es den Gärtnerinnen und Gärtnern nach der Wende, als nur noch wenige Zitrusgewächse in Oranienbaum vorhanden waren. Der dürrtige Altbestand wurde zunächst durch eine Schenkung exotischer Gewächse aus Israel und später durch Zukäufe der Stiftung aufgestockt.

In dem Ort, dem die niederländische Prinzessin vor 350 Jahren den Namen Oranienbaum verlieh, hatte sie sich von Anfang an auch um dessen wirtschaftliche Basis bemüht. Sie ließ eine Glashütte einrichten, siedelte Hopfenbauern an und etablierte den Tabakanbau in Anhalt. In dessen Blütezeit am Ende des 19. Jahrhunderts gab es 24 kleinere und größere Tabakfabriken mit bis zu 166 Beschäftigten in Oranienbaum. Hinzu kamen zahlreiche Heimarbeiter, die im Nebenerwerb Zigarren rollten. Von

der langen Tradition des Anbaus und der Verarbeitung von Tabak zeugt das TabakCollegium im Haus des Sammlers, einem restaurierten Pavillon des Schlosses Oranienbaum, in dem sich einst die Küchenräume der Bauherrin befanden.

Orangen als Symbol der Oranier zielen gegenüber dem Schloss auch den Marktplatz, der nach historischem Vorbild Mitte der 1990er Jahre neu gestaltet wurde. Genau in der Mitte des von hundert Linden umgebenden quadratischen Platzes kündigt ein schmiedeeisernes Orangenbäumchen in einer barocken Sandsteinvase vom Ursprung des Ortes. Die Skulptur mit den goldfarbenen Früchten wurde so platziert, dass sie – abhängig vom Standpunkt des Betrachters – den Blick direkt auf das Schloss oder die barocke Kirche lenkt. Umgeben ist der Marktplatz mit liebevoll sanierten Gebäuden. Auffällig, gleich gegenüber dem Schloss, der Gasthof „Goldener Hirsch“. In ihm wohnte einst der Schultheiß des Ortes, denn Henriette Catharina hatte ihrer Siedlung zwar Marktprivilegien, nicht aber das Stadtrecht gewährt, sodass Oranienbaum bis ins 19. Jahrhundert hinein gar keine Stadt im rechtlichen Sinn mit Rat und Bürgermeister war, sondern fürstlich verwaltet wurde. Gegenüber vom „Goldenen Hirsch“ wird derzeit der denkmalgeschützte Gebäudekomplex „Goldenes Horn“ zum Stadt-

haus Oranienbaum-Wörlitz umgestaltet. Ortsbürgermeister Marks hofft, dass die doch schon recht lang andauernden Sanierungsarbeiten im Sommer 2024 abgeschlossen sein werden und der Markt des denkmalgeschützten Stadtkerns sich dann komplett im neuen alten Glanz präsentieren können. Nicht direkt glanzvoll, aber in schlichter Schönheit erstrahlt auch wieder das 1699 von der Stadtgründerin für Unterkunft und Betreuung von „frommen und gottesfürchtigen Witwen“ in der Nordostecke des Marktplatzes gestiftete Witwenhaus. Zusammen mit der Stadtkirche, dem Schloss und dem „Goldenen Hirsch“ gehört es zu den vier wichtigsten Bauwerken aus der Gründungszeit Oranienbaums.

Nach dem Tod von Henriette Catharina nahm die Bedeutung Oranienbaums als fürstliche Residenz ab. Während der Regentschaft ihres Sohnes, des „Alten Dessauers“, entstanden neue Straßenzüge, Handwerker- und Ackerbürgerhäuser sowie die ersten zwölf brauberechtigten Häuser. Bald darauf gab es in Oranienbaum bereits 53 brauberechtigte Bürger – mehr als in der Residenzstadt Dessau. Fürst Leopold I. ließ 1734 sogar die überregional bedeutsame Dessauer Broyhan-Brauerei nach Oranienbaum verlegen. Nach seinem Tod entstanden in der Stadt lediglich noch eine Försterei und die „Kleine Kirche“ für die Lutheraner. Dieser sechseckige Bau in der Nähe



Hunderte der wärmeliebenden Pflanzen aus dem Süden warten im großen verglasten Gebäude auf den Sommer.

Oranienbaums imposante Orangerie wird nicht nur als Winterquartier für pflanzliche Exoten, sondern auch für Ausstellungen und Feste genutzt.



v.l.n.r.: Viergeschossige Pagode auf einem künstlichen Hügel im Englisch-Chinesischen Garten, der als frühester seiner Art in Deutschland gilt. Golden glänzende Früchte am metallenen Bäumchen künden vom fürstlichen Ursprung Oranienbaums. Die nahe dem Chinesischen Garten für die Lutheraner der Stadt erbaute „Kleine Kirche“, die später zum Wohnhaus umgewidmet wurde.

des Chinesischen Gartens wird heute als Wohnhaus genutzt.

Den asiatisch anmutenden Garten hatte Henriettes Urenkel, Fürst Franz, Ende des 18. Jahrhunderts anlegen lassen. Denn seine Wörlitzer Anlagen hatte „Vater Franz“ als eine Art Spiegel der Weltkultur konzipiert – jedoch weitgehend ohne Asien. Diesem Kontinent widmete er dann in Oranienbaum gestalterische, architektonische und gärtnerische Aspekte. Neben chinesischen Raummotiven im Schloss zeugen davon die Pagode und das Teehaus in dem Gartenteil mit Bogenbrücken über künstlichen Wasserläufen. Als einziger heute noch weitgehend erhaltene Englisch-Chinesische Garten des 18. Jahrhunderts bildet er ein wichtiges Element in der Stilvielfalt des Gartenreiches, in dem Oranienbaum mit seinem Ensemble von Stadt, Schloss und Garten als ein in Mitteldeutschland seltenes Beispiel für planmäßig in fürstlichem Auftrag entstandene Barockanlagen gilt. Auf einem Denkmalpfad können Besucher rund um den rekonstruierten Marktplatz und die mächtige Stadtkirche den Charme der einstigen anhaltinischen Sommerresidenz erleben.

1848/49 wurden in Oranienbaum dann erstmals ein Stadtparlament und ein städtischer Bürgermeister gewählt. Bald darauf kam es zu einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Stadt wurde 1876 Sitz eines Amtsgerichts, 1883 erschien eine eigene „Oranienbaumer Zeitung“, ab 1894 hielt dort die Dessau-Wörlitzer Eisenbahn, die auch viele auswärtige Besucher in die Stadt brachte. Oranienbaum profilierte sich bald darauf als Luftkurort und eröffnete ein eigenes Kurhaus.

Doch die Wälder rund um die Stadt dienten nicht nur der Erholung und Genesung. Im Ortsteil Kapen, benannt nach einem Waldgebiet bei Oranienbaum, diente ab 1935 ein Teil des Gebiets als Truppenübungsplatz, wurden die Heeresmunitionsanstalt Kapen und ein Chemiewerk errichtet, in dem Sprengstoffe und Zubehör sowie weitere Rüstungsgüter konfektioniert wurden. Nach dem Krieg übernahm die Sowjetarmee Kasernen und Truppenübungsplatz, im Chemiewerk wurden weiterhin Sprengstoffe und Zubehör konfektioniert sowie Selbstschussanlagen produziert. Nachdem 1991 das Militär das Areal geräumt hatte, wurde

in dem ausgedehnten Waldgebiet 2008 der erste Friedwald Sachsen-Anhalts eingerichtet. Da sich auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz über die Jahre hinweg auch ein ganz besonderes Biotop manifestiert hatte, steht die „Oranienbaumer Heide“ unter Naturschutz. Als Landschaftspfleger auf vier Beinen sind dort in einem durch Elektrozaun gesicherten Gebiet Heckrinder und Konik-Pferde unterwegs. Im nicht weit entfernten „Kapenschlösschen“ hat die Verwaltung des Biosphärenreservats Mittelbe ihr Domizil.

Auf dem 200 Hektar großen Gelände des einstigen Chemiewerks Kapen entstand der Dessora Industriepark, in dem in rund 30 Unternehmen mehr als 1 500 Beschäftigte arbeiten. Daneben erzeugen zwei große Photovoltaikanlagen etliche Megawatt Sonnenenergie. Stärker als Wirtschaft und Industrie aber ist die touristische Strahlkraft Oranienbaums als Teil der Welterberegion Dessau-Wörlitzer Gartenreich und als ein einzigartiger Ort deutsch-niederländischen Erbes in Deutschland, dem die ehemalige Königin der Niederlande mit mehreren Besuchen Respekt und Wertschätzung zollte.

Gudrun Oelze

# Gemeinsame Grundsätze

Vor 30 Jahren ratifizierte der Landtag die noch heute wirksamen Landesverträge über das Wirken und Zusammenleben der christlichen und jüdischen Glaubensgemeinschaften in Sachsen-Anhalt.

**D**as Jahr 1994 ist für die Evangelische und die Katholische Kirche sowie für die Jüdische Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung. In diesem Jahr traten das „Gesetz zum Evangelischen Kirchenvertrag Sachsen-Anhalt“, das „Gesetz zum Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und den Ländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Freistaat Sachsen über die Errichtung des Bistums Magdeburg“ sowie das „Gesetz zum Vertrag des Landes Sachsen-Anhalt mit der Jüdischen Gemeinschaft“ in Kraft, welche die Abgeordneten des Landtags vor nunmehr 30 Jahren beschlossen hatten.

Den Beschlüssen im Landtag waren mehrjährige Verhandlungen zwischen den Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und anderer Bundesländer sowie den Vertretern der Kirchen bzw. des jüdischen Landesverbands vorangegangen.

In der Katholischen Kirche konnte mit dem vom Landtag am 26. Mai 1994 beschlossenen Gesetz das Bistum Magdeburg neu errichtet werden. Der Vertrag dazu war zwischen dem Heiligen Stuhl und den drei Ländern am 13. April 1994 in der Propstei St. Sebastian in Magdeburg feierlich unterzeichnet worden. Somit konnte nun 1994 die nach der Vereinigung angestrebte Neuordnung der Bistumsgrenzen in der gesamten Bundesrepublik für das Land Sachsen-Anhalt in Angriff genommen werden. Zu DDR-Zeiten gab es in Magdeburg lediglich ein Bischöfliches Amt, das zum Erzbistum Paderborn gehörte.

Das neue Bistum Magdeburg zählt zu den jüngsten Bistümern in der Bundes-



Der Dom zu Magdeburg St. Mauritius und Katharina war die erste gotisch konzipierte Kathedrale auf deutschem Boden, er ist eine der größten Kirchenbauten Deutschlands überhaupt und Wahrzeichen der Landeshauptstadt Magdeburg. Seit der Predigt am 1. Advent 1567 gilt der Dom als evangelisch.

republik. Die Geschichte des katholischen Glaubens in der Region reicht allerdings zurück bis ins 8. Jahrhundert. Das Bistum umfasst außer Havelberg das gesamte Land Sachsen-Anhalt sowie Teilstücke des Landes Brandenburg und des Freistaats Sachsen. Mit dem Gesetz verpflichteten sich beide Seiten bei grundsätzlicher Trennung von Kirche und Staat zu einem partnerschaftlichen Miteinander.

Dieser Grundsatz steht auch über dem Evangelischen Kirchenvertrag und dem Gesetz dazu, das am 10. Februar 1994 in Kraft trat. Das Land Sachsen-Anhalt gewährt der Freiheit, den evangelischen Glauben zu bekennen und auszuüben, den gesetzlichen Schutz, heißt es. Die Kirchen wiederum ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten

selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Der Kirchenvertrag in Sachsen-Anhalt wurde am 15. September 1993 in Wittenberg von Staat und Kirchen unterzeichnet und ging als „Wittenberger Vertrag“ in die Geschichte ein. Den „Vertrag mit Inhalt und Leben zu erfüllen, dazu sind wir alle aufgerufen“, appellierte der Landtag und beschloss das Gesetz bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

In dem „Wittenberger Vertrag“ wurde das Verhältnis von Staat und Kirche in Sachsen-Anhalt mit den damals noch sechs beteiligten evangelischen Landeskirchen auf dem Gebiet neu definiert. Nach der Gleichschaltung im Dritten Reich und der feindlichen Gesinnung des DDR-Staatsapparats war

der Vertrag der erste umfassende Kirchenvertrag eines neuen Bundeslandes nach der Wiedervereinigung.

Im Vertrag geht es um die Art und Weise des Zusammenwirkens von Staat und Kirchen. Er regelt beispielsweise die universitäre Theologenausbildung, die Organisation der Anstaltsseelsorge, Fragen zu Kirchengebäude und Denkmalpflege, Zahlungen von Staatsleistungen oder Bestimmungen zu Feiertagsschutz und Seelsorgeheimnis. In Sachsen-Anhalt gehörten Ende 2022 rund 230 000 Menschen der evangelischen Kirche an, das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 10,5 Prozent.

Der 26. Mai 1994 war auch die Geburtsstunde des Landesvertrags mit der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt. Der Vertrag vom 23. März 1994 wurde einstimmig ratifiziert und galt sogleich als „historisches Ereignis für unser Land“. Nach Berlin und Nordrhein-Westfalen hatte nun auch Sachsen-An-

halt als drittes Bundesland einen Vertrag mit seiner jüdischen Gemeinschaft, der ebenbürtig neben den Verträgen mit den christlichen Kirchen steht.

Der Vertrag enthält die Garantie der Glaubensfreiheit, ferner Schutzvorschriften, Regelungen zum Friedhofswesen einschließlich einer wohl erstmals von staatlicher Seite ausgesprochenen Anerkennung der Unantastbarkeit jüdischer Begräbnisstätten. Außerdem enthält der Vertrag Aussagen zur Denkmalpflege, zum Bildungs- und Kulturbereich sowie zu den Fragen der Finanzierung der jüdischen Gemeinden.

Der Vertrag hatte das hohe Ziel, vor allem die jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt beim Wiederaufbau ihres Gemeindelebens zu unterstützen. Ferner soll dazu beigetragen werden, dass sich in Sachsen-Anhalt jüdische Kultur wieder frei entfalten kann. Vor dem Hintergrund des entsetzlichen und ungeheuren Unrechts und Leids,

das im Namen des deutschen Volkes der jüdischen Gemeinschaft in den Jahren von 1933 bis 1945 angetan worden war, betonte der Landtag, „ist der Vertrag ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Stärkung der Stellung der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt“.

Ein sichtbares Beispiel für das Miteinander christlichen und jüdischen Lebens in Magdeburg ist die Neue Synagoge, die am 10. Dezember 2023 eingeweiht wurde. Sie befindet sich gut sichtbar in der Stadtmitte und zeigt somit: Jüdisches Leben gehört zu Magdeburg und zu Sachsen-Anhalt. Ihre Fassade schmückt in hebräischer Schrift ein Zitat aus der hebräischen Bibel: „Mein Haus wird ein Haus des Gebets für alle Völker genannt.“ Die Neue Synagoge ist der Nachfolgebau der Alten Synagoge und nach der im Oktober 2023 eingeweihten Neuen Synagoge in Dessau der zweite Neubau eines jüdischen Gotteshauses Sachsen-Anhalt seit der deutschen Wiedervereinigung.

Wolfgang Schulz



Als katholische Bischofskirche von Magdeburg bildet die Kathedrale Sankt Sebastian seit 1994 den geistlichen Mittelpunkt des Bistums Magdeburg. Ihre Geschichte reicht jedoch weiter zurück, denn bereits im Jahr 1015 legte der damalige Magdeburger Erzbischof Gero den Grundstein der ersten Sebastianskirche.



85 Jahre nach der Zerstörung der Magdeburger Synagoge während des Novemberpogroms 1938 hat die Landeshauptstadt wieder ein jüdisches Gebetshaus. Die Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg eröffnete am 10. Dezember 2023 die Neue Synagoge an der Julius-Bremer-Straße.

## Wichtige historische Stationen der deutschen Boomer-Generation

**A**ls Boomer werden Menschen bezeichnet, die in den geburtenstarken Jahren 1955 bis 1965 (bzw. 1970) geboren wurden. Diese verabschieden sich nun nach und nach in den Ruhestand. Der Soziologe Heinz Bude gehört als 1954 Geborener selbst zu den frühen Boomern und beschreibt seine Generation als durchaus zukunftsfähig. Er lässt wichtige historische Stationen der deutschen Boomer Revue passieren. So erlebten sie neue soziale Bewegungen, RAF und AIDS ebenso wie Brokdorf, Tschernobyl und die Wiedervereinigung. Sie profitierten vom Wirtschaftswunder und von der Bildungsreform. Keine Generation vor ihnen war so gut ausgebildet wie sie. Das galt vor allem für die Frauen. Es gibt natürlich Unterschiede in der Geschichte der Ost- und Westboomer, doch sie alle gehören der Nachkriegsgeneration an. Der Autor findet bei den Boomern jedoch so etwas wie eine eigene Haltung, die sie von ihren Vorgängergenerationen abgrenzt. Weder seien sie in das Kriegs- und Nachkriegselend ihrer Eltern und Großeltern verstrickt gewesen, noch trauten sie dem utopischen Denken der 68er. In seiner Studie beschreibt er die Boomer einerseits als pragmatisch und skeptisch, andererseits aber auch als experimentell und dem Neuen zugewandt. Es ist interessant zu lesen und zu verstehen, wie diese schwer zu fassende Generation „tickt“.

Beate Grau

**Heinz Bude: Abschied von den Boomern. München: Hanser, 2024.**



## Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit

**B**undespräsidenten handeln durch das Wort, beeinflussen die politische und gesellschaftliche Verfasstheit Deutschlands durch ihre Sprache. Norbert Frei, einer der renommiertesten Zeithistoriker der Gegenwart, untersucht in dieser brillant geschriebenen Abhandlung die Rolle der ersten sechs Bundespräsidenten in Bezug auf die „Vergangenheitsbewältigung“ der NS-Diktatur. Sie repräsentieren dabei jene Generation der Deutschen, die das „Dritte Reich“ bewusst als Zeitgenossen erlebt haben. Der Autor geht dabei präzise den Fragen nach, welche Schwerpunkte die Bundespräsidenten der „alten Bundesrepublik“ dabei setzten, ob durchaus auch aus der eigenen Biografie herrührende individuelle Befangenheiten eine Rolle spielten und ob sie im Ganzen betrachtet für eine entschiedene innergesellschaftliche Aufklärung eintraten oder sich dem – vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren vorherrschenden Muster des Beschweigens und punktuellen Bekenkens anschlossen. Ein lesenswertes und wichtiges Werk!

Michael Rahmfeld

**Norbert Frei: Im Namen der Deutschen: Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit. München: C.H. BECK, 2023.**

Norbert Frei  
IM NAMEN DER  
DEUTSCHEN  
Die Bundespräsidenten  
und die NS-Vergangenheit



### DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

**Öffnungszeiten** (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

**Kontakt**

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: [bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de](mailto:bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de)

## Mit Humanismus und Aufklärung gegen Intoleranz und Hetze

**D**ie „Cancel Culture“ als Phänomen der heutigen Zeit prägt in regelmäßigen Abständen die medialen Schlagzeilen. Den einen gilt sie als legitimer Akt einer gesellschaftlichen Gleichstellung und Demokratisierung, andere beklagen eine zunehmende Beschneidung der freien Meinungs- und Willensbildung. Der bekannte Philosoph und ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin versucht mit seinem Beitrag eine tiefer gehende Analyse und arbeitet beispielsweise heraus, dass die Unterdrückung unliebsamer Meinungen ein sehr altes Phänomen ist und in zahlreichen Kulturen in unterschiedlicher Form zu entdecken ist. Aus Nida-Rümelins Sicht geht die größte Gefahr für die Demokratie als Staats- und Lebensform nicht von (linker) „Cancel Culture“, sondern in vielen europäischen Staaten vom erstarkenden Rechtspopulismus aus. Insgesamt bleibe es vordringlich, sowohl im Inneren als auch außenpolitisch die Ideale von Humanismus und Aufklärung gegen Intoleranz, Hetze und Diskursverweigerung zu verteidigen.

Michael Rahmfeld

**Julian Nida-Rümelin: „Cancel Culture“: Ende der Aufklärung? Ein Plädoyer für eigenständiges Denken. München: Piper, 2023.**



## Die Auswirkungen von Verdrängung und Enteignung

**F**amilienunternehmen haben eine lange Tradition in Ostdeutschland und waren stets der wirtschaftliche Motor. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin waren vor dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche bekannte Familienunternehmen ansässig. Viele davon wurden zwischen 1945 und 1989 enteignet oder zum Wegzug gedrängt. Verbleibende Familienunternehmen zeigten dagegen Resilienz, Beharrlichkeit und Einfallsreichtum. Mit Engagement und Kreativität gelang es ihnen, den Erhalt des Unternehmens über einen langen Zeitraum trotz der wirtschaftlichen und politischen Eingriffe der DDR-Führung zu sichern. In der vorliegenden Studie werden erstmals die Auswirkungen der Verdrängungs- und Enteignungspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und des SED-Regimes für die Familienunternehmenslandschaft in Ostdeutschland von 1945 bis heute dargestellt. Nach der Wende 1989 wurde vielfach versucht, an die Tradition der Familienunternehmen anzuknüpfen. Einige Familienbetriebe, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Sitz von Ost nach West verlegten, kehrten an ihre Gründungsstandorte zurück. Die Motive der Rückkehrer waren selten nur rein wirtschaftlicher Natur. Ebenso wichtig waren emotionale Gründe und der Wille, einen Beitrag für den „Aufbau Ost“ und für die Gesellschaft zu leisten. Heute sind über 90 Prozent der ostdeutschen Betriebe Familienunternehmen.

Beate Grau

**Rainer Karlsch: Familienunternehmen in Ostdeutschland: Niedergang und Neuanfang von 1945 bis heute. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2023.**



# Auf nach Berlin

Auch aus Sachsen-Anhalt fahren die jeweils zwei Erstplatzierten der beiden Altersgruppen Sek. I und Sek. II des bundesweiten Wettbewerbs „Jugend debattiert 2024“ in die Bundeshauptstadt. Wir wünschen schon mal viel Erfolg!

Die Siegerinnen des hiesigen Landeswettbewerbs von „Jugend debattiert 2024“ stehen fest: Miriam Gräfe und Helena Marit Lenze aus der Sekundarstufe I sowie Adanica Kühne und Josephine Fiala aus der Sekundarstufe II fahren zum Bundesfinale nach Berlin (6. bis 8. Juni). In zwei wortgewandten Finals setzten sie sich Ende Februar gegen ihre Konkurrenz durch und entschieden den Landestitel bzw. den zweiten Platz für sich. Wie in den Vorjahren wurde das Landesfinale im Landtag von Sachsen-Anhalt ausgetragen.

Am Vormittag waren in den Qualifikationsrunden insgesamt 16 Jugendliche, je acht in den beiden Sekundarstufen, im Vorentscheid des Finales des Debattierwettbewerbs gegeneinander angetreten, um am Nachmittag schließlich die jeweils zwei Landessieger und Landessieger pro Altersgruppe „auszudebattieren“. Die Kulisse für den rhetorischen Wettstreit in der politischen Debatte bildeten rund 100 mitangereiste Jugendliche, die ihre besten Rednerinnen und Redner unterstützten.

Zum Auftakt des Landesfinales gab es das traditionelle Podiumsgespräch mit den Partnern des Wettbewerbs. Für Bildungsministerin Eva Feußner sei „Jugend debattiert“ und eine Debatte zu führen eine spannende Sache, man könne einen Meinungsaustausch führen, auch kontroverse Meinungen akzeptieren und dabei sachlich Argumente anbringen. Dr. Winfried Bettecken, Programmchef von MDR Sachsen-Anhalt, lobte das hohe Niveau, auf dem sich die Schülerinnen und Schüler trafen, um miteinander zu debattieren

und die Fähigkeit zu entwickeln, Argumente von anderen als überzeugend anzuerkennen und sich derer auch anzunehmen. Stephen Gerhard Stehli, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtags von Sachsen-Anhalt, meinte, die „Debatte macht einen Teil unseres demokratischen Miteinanders aus, man kann immer etwas dazulernen“. Jan-Jonathan Bock von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung sagte, seine Meinung kundzutun helfe dabei, sich in Leben und Gesellschaft einzubringen, „Jugend debattiert“ stärke das Handwerkszeug für das demokratische Miteinander.

Die Sekundarstufe I beschäftigte sich in ihrer Debatte mit der Frage „Soll die Polizei in Sachsen-Anhalt flächendeckend mit Tasern ausgestattet werden?“ – Die diskutierten Fürs und Widers waren – wie so oft bei Themen dieser Art – durchaus alle nachvollziehbar. Auf den ersten Platz und damit zum Landessieg

debattierte sich Miriam Gräfe (Gymnasium Carolinum Bernburg) vor Helena Marit Lenze (Internationales Stiftungsgymnasium Magdeburg), Nelly Wilhelm (Domgymnasium Naumburg) und Laura Koppenhölle (Gymnasium Philanthropinum Dessau-Roßlau).

Für die Debatte der Sekundarstufe II lautete die Ausgangsfrage: „Soll die Landesregierung ihre Kommunikation über soziale Netzwerke wie „X“ oder „TikTok“ einstellen? – Auch hier wurden Argumente eingebracht, die schlüssig für die eine wie für die andere Seite sprachen. Die Jury entschied sich anschließend für folgende Reihenfolge: Platz eins und damit der Landessieg ging an Adanica Kühne (Burger Roland-Gymnasium) vor Josephine Fiala (Europaschule Gymnasium Stephaneum Aschersleben), Gregor Litwinenko (Elisabeth-Gymnasium Halle/Saale) und Jette Pohl (Georg-Cantor-Gymnasium Halle/Saale).  
Dr. Stefan Müller



Die Landessiegerinnen von „Jugend debattiert“ 2024 Miriam Gräfe (3.v.r.) und Adanica Kühne (4.v.r.) mit den Jury-Mitgliedern.



## Auf Lock im Instaversum

Seit zwei Jahren ist der Landtag von Sachsen-Anhalt auf den Social-Media-Plattformen Instagram und Facebook aktiv. Nach YouTube und Twitter wird auch hier präsentiert, was rund um das Parlament Berichtenswertes geschieht.

**D**ie Mischung macht's aus Fakten und Unterhaltung – denn der Landtag bedeutet nicht nur staubtrockene Politik am Rednerpult, sondern auch interessante Themen, engagierte Köpfe und das gewisse Etwas, das eben nur ein Landesparlament hat. Vor zwei Jahren haben wir den Sprung auf den Insta-Zug gewagt und nicht bereut: Mit unterschiedlichen Reihen, Info- und Service-Posts und bunten Meldungen versorgen wir die mittlerweile über 1 000 Follower auf Instagram mit Fun und Fakten aus dem Parlament am Magdeburger Domplatz. Wichtig für uns: Erklären, worum es beim Landtag überhaupt geht, was hier von wem beschlossen wird und warum. Folgt uns und kommt uns auch gern besuchen – eine Tour durchs Haus und der Besuch einer Plenarsitzung sind inklusive!

Dr. Stefan Müller

# Glückwünsche zum Ehrentag

Geburtstagsgrüße werden über den ZwischenRuf in der Regel nicht übermittelt, aber da im Februar 2024 gleich drei frühere Landtagsspitzen einen runden Geburtstag feiern, soll mal eine Ausnahme gemacht werden. Also dann: Alles Gute!

Dr. Klaus Keitel ist nicht nur das erste der drei Geburtstagskinder (5. Februar 1939, wurde also 85 Jahre alt), sondern steht auch historisch gesehen an erster Stelle für den Landtag von Sachsen-Anhalt nach der Wiedegründung des Landes 1990. Am 28. Oktober 1990 war er in der konstituierenden Sitzung zum ersten Landtagspräsidenten gewählt worden und füllte dieses Amt für zwei Legislaturperioden aus. Nach 23 Jahren in der Zucker- und Stärkeindustrie begann er im Januar 1990 eine journalistische Tätigkeit für die Bürgerbewegung in Halle, ehe er im Mai in die Politik wechselte, als er durch die Regierung de Maiziere zum Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Halle ernannt wurde. In seine Amtszeit fällt – als herausragendes Ereignis – die Verabschiedung der Landesverfassung 1992. Im Januar 2007 wurde Dr. Klaus Keitel als erster mit dem neu eingeführten Verdienstorden des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichnet.



Unterzeichnung der Landesverfassung; an seiner Seite Ministerpräsident Dr. Werner Münch.



Dieter Steinecke war über viele Jahre aktiv im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Achtzig jugendliche Lenze zählt Dieter Steinecke. Geboren wurde er am 11. Februar 1944 in Biere (Salzlandkreis). Ab den 1980er-Jahren war der gelernte Maschinenbau-Ingenieur in der Magdeburger Verwaltung aktiv. 2006 wurde er mit großer Mehrheit zum Landtagspräsidenten gewählt, war 2011 Alterspräsident und kam im Dezember 2015 noch einmal kurzzeitig ins Amt, nachdem sein Vorgänger Detlef Gürth zurückgetreten war. Bis September 2023 war Steinecke Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und setzte sich unermüdlich für den Frieden unter den Völkern ein. Als sein Lebenswerk kann zweifelsohne die Errichtung der Neuen Synagoge 2023 in Magdeburg genannt werden. Dieter Steinecke ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold.

Gabriele Brakebusch feierte am 23. Februar 2024 ihren 70. Geburtstag. Ihre Affinität für Kinder, Jugendliche, Erziehung und Bildung hat die frühere Erzieherin und Kita-Leiterin bis in ihre politische Laufbahn transportiert. Im Verlauf von vier Legislaturperioden (2002–2021) war sie nicht nur Abgeordnete aus dem Bördekreis, sondern auch Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses. Von September 2016 bis Juli 2021 war die Tochter eines Schäfers nach sechs Herren in Folge die erste Landtagspräsidentin von Sachsen-Anhalt. Eine Präsidentin für alle Menschen im Land wolle sie sein, versprach sie beim Amtsantritt und wurde ihres Mottos gerecht: Nahbar und aufgeschlossen zeigte sie sich Themen und Menschen gegenüber. Und manchmal sogar den tierischen Wegbegleitern: So wurde Brakebusch im August 2019 Patin des kleinen Spitzmaulnashorns Malte im Magdeburger Zoo.



Die mahnende Glocke musste die Präsidentin selten zum Klingen bringen.

### DIETRICH GENAU – HEIMAT-MALER AUS HOYM/ANHALT

27. MÄRZ BIS 3. MAI 2024



**D**ietrich Genau wurde 1936 in Osnabrück geboren. Durch die Kriegswirren verschlug es ihn als Kind mit seiner Familie in den Ort Hoym in der Nähe von Ballenstedt im nördlichen Harzvorland. Nach der Schulzeit in Hoym und durch seine handwerkliche Begabung machte er anschließend eine Ausbildung zum Zimmermann. Bis 1992 übte er diesen Beruf aktiv aus und beschäftigte sich nebenbei mit der Heimatgeschichte von Hoym und der Region. Von Bleistiftzeichnungen, Aquarellen, Ölbildern bis hin zu Schnitzereien ist in seinem Œuvre künstlerisch alles vertreten. So hat Dietrich Genau folgerichtig in seinem Leben die verschiedensten Kunstwerke geschaffen. Die Präsentation im Landtag von Sachsen-Anhalt zeigt nur einen Ausschnitt seines Schaffens. Die Ölgemälde bilden eine Serie von Ansichten aus seinem Heimatort Hoym. Die Wappen schnitzte Dietrich Genau als gelernter Zimmermann selber und bemalte diese nach Vorlage farbig.

### RENÉ MATZKO – MENSCHEN UND NATUR

27. MÄRZ BIS 3. MAI 2024

**G**ebürtig aus Greifswald an der Ostseeküste stammend führte ihn sein Weg über Rostock, wo er Lehramt an Grundschulen studierte, über Halle (Saale) mit dem Studienabschluss Rehabilitationspädagogik nach Haldensleben, wo er seit 2019 als Konrektor der Förderschule mit Schwerpunkt

„Lernen“ tätig ist. In seiner Freizeit beschäftigt sich René Matzko mit der Öl-, Acryl-, Aquarellmalerei als Ausgleich zu seiner beruflichen Tätigkeit. Thematisch zieht sich die Verbundenheit zur Natur, speziell zur alten Heimat die Landschaft und das Meer in seinen Werken hindurch. Der Mensch erscheint in seinen Bildern als Staffage oder als Blickgeber in die Landschaft.

In seinen Bildern spielt der Einsatz von Licht und Schatten eine wichtige Rolle. Die Farben vermitteln bei den harten Kontrasten zwischen Hell und Dunkel.



### „...DENEN MITZUWIRKEN VERSAGT WAR“ – OSTDEUTSCHE DEMOKRATEN IN DER FRÜHEN NACHKRIEGSZEIT

15. MAI BIS 28. JUNI 2024

**B**eim Jubiläum 2024 wird sich viel Aufmerksamkeit auf Bonn und das Grundgesetz richten, auf den Parlamentarischen Rat, den demokratischen Neubeginn in der jungen Bundesrepublik. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass auch in Ostdeutschland viele Menschen die Ideale der Demokratie teilten und sich für Freiheit und demokratische Rechte einsetzten und dabei ihre Freiheit oder oft auch ihr Leben riskierten. In der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 heißt es daher bezogen auf den Parlamentarischen Rat: „Er hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.“

Die Ausstellung stellt die 19 Grundrechte des Grundgesetzes im Wortlaut dar und bezieht diese in einem Kommentar auf die Verhältnisse in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1953.

Es werden ca. 35 Männer und Frauen, die sich nach 1945 in der SBZ bzw. in der frühen DDR für ihre Grundrechte, für demokratische Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt und ihre Grundrechte in Anspruch genommen haben und von den kommunistischen Machthabern verfolgt wurden, porträtiert. Die Biographie und das demokratische Engagement werden mit den einzelnen Grundrechten verbunden



# FSJ- POLITIK



Freiwilliges Soziales Jahr  
im politischen Leben  
im Landtag von Sachsen-Anhalt  
ab 1. September 2024



**BEWIRB DICH JETZT!**

## Das Kleingedruckte:

### Was erwartet Dich bei uns?

- Du lernst viel über Gesellschaft, Politik, Verwaltung und Demokratie.
- Du gestaltest für unseren Kanal eigene Social-Media-Posts.
- Du schreibst Texte, fotografierst und produzierst kurze Videos.
- Du zeigst Besuchergruppen den Landtag.
- Du unterstützt uns bei Veranstaltungen.

### Was solltest Du mitbringen?

- Du interessierst Dich für Politik und suchst eine sinnvolle Aufgabe?
- Du hast Lust, andere für Demokratie zu begeistern?
- Du bist ein „Digital Native“ und kennst Dich mit Social-Media-Kanälen aus?
- Du bist neugierig, kreativ und gehst gern auf andere Menschen zu?
- Du zeigst Dich auch gern mal selbst vor der Kamera?

